Deutschlands Politiker drängen auf Rauchverbot im Freien ج Frankreich als Vorbild!

In Deutschland steht das Thema Rauchverbot erneut im Fokus, insbesondere angestoßen durch die neuen Gesetze in Frankreich, die ab Juli einen umfassenden Verbotsrahmen an öffentlichen Plätzen wie Parks, Schulen und Sportanlagen schaffen. Politische Akteure von SPD und Grünen fordern eine ähnliche Regelung in Deutschland, um besonders Kinder vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen. Dagmar Schmidt von der SPD bezeichnet das französische Vorbild als mutig und wünscht sich, dass auch hierzulande striktere Maßnahmen zur Rauchvermeidung ergriffen werden. Diese Forderung wird auch von Janosch Dahmen von den Grünen unterstützt, der betont, dass eine rauchfreie Umgebung für Kinder unbedingt notwendig ist und …

In Deutschland steht das Thema Rauchverbot erneut im Fokus, insbesondere angestoßen durch die neuen Gesetze in

Frankreich, die ab Juli einen umfassenden Verbotsrahmen an öffentlichen Plätzen wie Parks, Schulen und Sportanlagen schaffen. Politische Akteure von SPD und Grünen fordern eine ähnliche Regelung in Deutschland, um besonders Kinder vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen. Dagmar Schmidt von der SPD bezeichnet das französische Vorbild als mutig und wünscht sich, dass auch hierzulande striktere Maßnahmen zur Rauchvermeidung ergriffen werden. Diese Forderung wird auch von Janosch Dahmen von den Grünen unterstützt, der betont, dass eine rauchfreie Umgebung für Kinder unbedingt notwendig ist und die gesundheitlichen Risiken von Tabakprodukten und deren Folgen für die Gesellschaft nicht ignoriert werden dürfen. Wie Welt berichtet, sind auch höhere Tabaksteuern sowie Verkaufsverbote außerhalb lizenzierter Geschäfte Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Auf der anderen Seite macht Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) deutlich, dass nicht nur der traditionelle Tabakkonsum auf der Agenda der Politik steht. Sie hebt hervor, dass auch der Umgang mit E-Zigaretten und Vapes dringend reguliert werden muss, da diese oft als weniger schädlich wahrgenommen werden, aber gesundheitliche Risiken in sich bergen, die zu oft unterschätzt werden. Warken fordert, dass die Länder den Konsum von E-Zigaretten stärker einschränken. Ihrer Ansicht nach sind diese Produkte potenziell gefährlicher als viele denken und dürften vor allem nicht in die Hände von Kindern gelangen. So berichtet Tagesschau über die Bedenken, dass E-Zigaretten als Einstieg in das Rauchen fungieren und zu einer Abhängigkeit führen können.

Einheitliche Regelungen und verantwortungsvolle Prävention

Die Deutsche Krebshilfe hat die Bundesregierung aufgefordert, mehr in Prävention zu investieren, insbesondere im Hinblick auf den Weltnichtrauchertag. Tabakkonsum stellt den größten vermeidbaren Krebsrisikofaktor dar, wobei derzeit schätzungsweise 80 Prozent der Lungenkrebsfälle in

Deutschland durch Rauchen verursacht werden. Jährlich sterben mindestens 127.000 Menschen infolge des Tabakkonsums. Daher wird auch ein Rauchverbot auf Spielplätzen und in Bildungseinrichtungen gefordert, da Deutschland allgemein bei der Tabakprävention als Schlusslicht in Europa gilt. Tagesschau verweist auf die alarmierenden Statistiken und den dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich.

Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Tatsache, dass der Bund in Bezug auf den Nichtraucherschutz derzeit nur für bundeseigene Einrichtungen und öffentliche Verkehrsmittel zuständig ist. Für sämtliche anderen Bereiche wie Gaststätten, Schulen und Universitäten müssen die Länder eigene Regelungen treffen. Diese bisherige Verteilung der Zuständigkeiten könnte in der Debatte um umfassendere Rauchverbote bald auf den Prüfstand kommen, denn der Gesundheitsschutz, besonders der jüngeren Generation, muss hier ein zentraler Gesichtspunkt sein.

Die EU hat zudem jüngst empfohlen, Rauchverbote auch im Freien zu prüfen. Auch die WHO hat Bedenken hinsichtlich aromatisierter Nikotinprodukte geäußert, die vor allem junge Menschen ansprechen. Angesichts steigender Nutzerzahlen unter Minderjährigen warnt die WHO, dass der Fortschritt im Bereich der Tabakkontrolle gefährdet werden könnte. Aktuell nutzen 12,5 Prozent der Minderjährigen in der WHO-Europaregion E-Zigaretten, während der Anteil bei Erwachsenen bei lediglich 2 Prozent liegt. Die Sorgen um die Gesundheit der Jugend sind also mehr als berechtigt und sollten allerhöchste Priorität erhalten.

Die aktuellen Entwicklungen rund um das Thema Rauchverbot zeigen deutlich, dass es hier einen akuten Handlungsbedarf gibt. Mit dem richtigen Gesetzesrahmen könnte Deutschland vielleicht aufholen und ein echter Vorreiter im Nichtraucherschutz werden.

Details	
Quellen	• www.welt.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: mein-koeln.net